

# Bürger wollen klagen

## Gegen geplante Erweiterung des Phantasialandes

**Die Bürgerinitiative „50 000 Bäume“ möchte ihren Druck durch gezielte Aktionen verstärken.**

VON ALEXANDRA RINGENDAHL

**Brühl** - Die Bürgerinitiative „50 000 Bäume“ will gegen eine Erweiterung des Phantasialandes in Richtung Westen klagen. Wenn es zu einer entsprechenden Änderung des Bebauungsplanes kommen sollte, werde der Naturschutzbund Nabu Rhein-Erft die Klage als Verband im Auftrag der Initiative führen, sagte die Vorsitzende Gisela Wartenberg auf der Mitgliederversammlung von „50 000 Bäume“. Die Kosten für eine solche Klage in erster Instanz bezifferte Wartenberg auf 10 000 bis 15 000 Euro. Dieses Geld will die Bürgerinitiative durch Spenden, die unter anderem während der Unterschriftensammlungen akquiriert werden sollen, zusammenbrin-

gen. „Wir müssen jetzt konkret werden und den Politikern und dem Phantasialand zeigen, dass wir keine zahnlösen Tiger sind“, sagte Wartenberg. Eine solche Klage müsse bereits jetzt vorbereitet werden, da nach den politischen Entscheidungen wenig Zeit bleibe.

Einer Erweiterung des Freizeitparks würden 30 000 Bäume zum Opfer fallen. Dies will die Initiative verhindern. Die Vorsitzende Dr. Doris Linzmeier kündigte zudem weitere Großaktionen an. So wird es vor der Ratssitzung am 9. Juni eine Großkundgebung vor dem Rathaus gegen die Erweiterung geben. Im Mai sollen alle 30 000 Bäume zum Zeichen der Trauer und zur Veranschaulichung für die Spaziergänger mit weißen Bändern markiert werden. Der Vorsitzende des Landschaftsbeirates des Kreises, Dieter Rupp, wies darauf hin, dass Wald in Deutschland nach dem Bundeswaldgesetz nur dann geopfert wer-

den dürfe, wenn ein überwiegend öffentliches Interesse vorliege. Werde dieses wie im Fall Phantasialand wirtschaftlich begründet, eine Fällung nur zulässig, wenn alternativlos sei. „Dies ist bei dem Freizeitpark definitiv nicht der Fall“, sagte Rupp und verwies auf ein vom Landschaftsbeirat verabschiedetes Gutachten mit Alternativvorschlägen. Dieses sei durch den Kreistagsbeschluss, die 30 Hektar ins Verfahren zu nehmen, „um die Umgehung aller Kreistagsausschlüsse“ unterminiert worden.

Vertreter der Globalisierungsgegner „Attac“ wiesen auf die „früher würdige Güte“ der geplanten Arbeitsplätze hin, mit denen Unternehmen argumentiere. „Es handelt sich zum großen Teil um prekäre Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich“, sagte Frank Müller von Attac. Diese sozialen Bedenken müssten stärker öffentlich betonen werden.